

LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN
Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

23. Oktober 2017

CDU-Juristen fordern:

Stärkere Überprüfung von Dolmetschern

Asylsuchende aus der Türkei verdächtigen Dolmetscher und Sicherheitsleute aus dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, ihre Daten an regierungsnahen türkischen Medien verraten zu haben.

Bereits im Februar 2017 standen Imame des Islamverbands Ditib im Verdacht, in Deutschland lebende Türkischstämmige in der Türkei denunziert zu haben. Außerdem soll Erdogans Geheimdienst MIT in Deutschland lebende Mitbürger ausspioniert haben. Bereits damals war davon die Rede, dass die Türkei versuche, Spitzel in deutsche Behörden einzuschleusen. Dieses Vorhaben ist offenbar gelungen.

„Man kann davon ausgehen“, so der Landesvorsitzende des LACDJ Dr. Ganter, „dass die Unterwanderung nicht auf das BAMF beschränkt ist, sondern auch andere Behörden betroffen sind.“

Der LACDJ hat bei seiner Landestagung am 21. Oktober 2017 auf Burg Hornberg einstimmig beschlossen, eine sorgfältige Sicherheitsüberprüfung in deutschen Behörden zu fordern. Darüber hinaus muss der Dolmetschereid bei Behörden und Gerichten erweitert werden. Die gesetzlich vorgeschriebene Versicherung, treu und gewissenhaft zu übertragen, muss um die Verpflichtung zur Verschwiegenheit ergänzt werden. Schließlich muss ein Verstoß gegen die dienstliche Verschwiegenheitspflicht strafrechtlich sanktioniert werden.

Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.